

Für eine Erinnerungskultur der Migrationsgesellschaft

1 https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2002/09/20020910_Rede_2.html (aufgerufen am 10.05.2021).

Anfang der 2000er-Jahre wurde das Thema ‚Integration‘ in Deutschland immer mehr als eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung anerkannt. Der einstige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, unterdessen Bundespräsident, gab auf dem Historikertag 2002 zu bedenken: „Was bedeutet Geschichte als Quelle für Identifikation und Identität in einer Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenleben? Wie kommt es zu einem ‚Wir‘ in einer solchen Gesellschaft?“¹ Von diesen Debatten um eine neue Erinnerungskultur zeigte sich auch DOMiD in den Folgejahren stark beeinflusst. So lange Einwander*innen für eine national verfasste Geschichte Fremde blieben, so die Überzeugung seiner Akteur*innen, so lange würde auch ihnen diese Geschichte fremd bleiben. Doch nicht nur für die Einwander*innen und ihre Kinder war es von vitalem Interesse, selbstbewusst Anspruch zu erheben auf die eigene Vergangenheit. Auch um in der gesamten Migrationsgesellschaft zu einem neuen, gemeinsamen ‚Wir‘ zu kommen, bedurfte es eben der Sichtbarmachung jener bislang verborgenen Geschichten. Geschichten, die längst auch hierzulande stattfanden, aber noch nicht aus den familialen Erinnerungsgemeinschaften in einen national verfassten Erinnerungsraum durchdrangen.

Mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft rückte Migration also immer mehr in den Fokus einer bundesweit geführten Debatte um die verschiedenen *Kulturen von Erinnerung*. So waren in den Debatten des nordrhein-westfälischen Landtags des Jahres 2007 die Echos von Johannes Raus wegweisender Rede zu spüren gewesen: „Die Bewahrung der Informationen zur Zuwanderungsgeschichte liefert wertvolles Material sowohl für eine auf die Entwicklung eines gemeinsamen kulturellen Gedächtnisses abzielende kulturelle Bildung als auch für eine kritische und reflektierte öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.“² Eine ähnliche Verbindung zwischen den parlamentarischen Diskussionen und gesellschaftlichen Debatten und der endlich gelingenden institutionellen Förderung DOMiDs sieht auch Anton Rütten.

2 Ebd.

Meiner Erinnerung nach war es hilfreich, dass das Parlament in der damaligen Legislaturperiode ausführlich über Ziele und Mittel der Erinnerungskultur debattiert hat. Es gab so etwas wie eine besondere Sensibilisierung der Parlamentarier für Geschichtspolitik.

Endlich schien das Anliegen DOMiDs, einen Beitrag zur Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft zu leisten, auf die angemessene gesellschaftliche und nötige politische Resonanz zu stoßen. Endlich folgten aus diesem Bewusstsein auch spürbare Konsequenzen.